

Beschluss:

Ratsherr Proch bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Ratsherr Radestock verweist auf eine entsprechende Position im Wahlprogramm der Grünen. Es sei jedoch ein Gesamtkonzept erforderlich. Einzelmaßnahmen seien nicht zielführend. Die Ratsfraktion der Grünen sei bereit, mit allen demokratischen Parteien an dieser Konzeption zu arbeiten. Eine Zusammenarbeit mit der NPD komme indes nicht infrage, wobei auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der NPD verwiesen wird. Frau Stadtpräsidentin Schättiger ermahnt Ratsherrn Radestock, sich auf eine sachliche Auseinandersetzung mit dem konkreten Antrag zu beschränken.

Der Antrag wird sodann mit 2 Ja-Stimmen der NPD-Ratsfraktion im Übrigen einstimmig abgelehnt.